

SPD Sozialdemokratischer pressediens

P/XXIX/205

25. Oktober 1974

Technologie sichert Arbeitsplätze

Weiterer Ausbau für eine krisenfeste Wirtschaftsstruktur

Von Hans Matthöfer MdB
Bundesminister für Forschung und Technologie und Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 1 und 2 / 75 Zeilen

Keine Spielwiese praxisferner Theoretiker

Sozialisten im Europäischen Parlament orientieren sich an der Realität

Von Ludwig Fellermaier MdB
Stellv. Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Seite 3 und 3a / 74 Zeilen

Nun wirklich Schluß mit dem Zwei-Geschlechter-Recht?

Bonn will den Frauen den Rücken stärken - Hoffnung auf das internationale Jahr der Frau

Seite 4 und 5 / 66 Zeilen

Der Auslandskommentar des SPD-Pressedienstes

Premier Wilson vor großen Problemen

Großbritannien nach dem vierten Wahlsieg von "Old Harold"

Von Björn Engholm MdB
Stellv. Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Seite 6 und 7 / 46 Zeilen

Chefredaktion: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressesaal I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 30
Telex: 06 96 946 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611

Technologie sichert Arbeitsplätze

Weiterer Ausbau für eine krisenfeste Wirtschaftsstruktur

Von Hans Matthöfer MdB

Bundesminister für Forschung und Technologie

Die zunächst politisch motivierte Ölversorgungskrise um die Jahreswende 1973/74 hat im Ergebnis einen schlagartigen Anstieg der Importpreise für Rohöl gebracht, und zwar entsprechend der tatsächlichen Marktmacht der wichtigsten Förderländer, aber auch entsprechend den langfristigen Knappheitsverhältnissen bei diesem für uns wichtigen und kurzfristig nur in geringen Grenzen ersetzbaren Energieträger. Die Anstrengungen der Forschungs- und Technologiepolitik gelten daher zunächst der Substitution und der Einsparung von Importenergien.

Wenn wir heute damit rechnen können, daß bereits 1980 rund 25 vH und 1990 gut die Hälfte der benötigten Elektrizität in der Bundesrepublik in Kernkraftwerken erzeugt werden können, so spiegelt dies den großen Erfolg der bisherigen Arbeiten in den hauptsächlich vom Bund finanzierten großen Kernforschungszentren wieder, sowie den Erfolg der gezielten Förderung der industriellen Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Kerntechnik durch das Bundesministerium für Forschung und Technologie. Schon heute steht die Bundesrepublik in der Erzeugung von Strom aus Kernkraftwerken an vierter Stelle in der Welt, und die deutsche Reaktorbauindustrie befindet sich technologisch in einer sehr guten Ausgangsposition.

Schwerpunkte des 1973 angelaufenen 4. Atomprogramms mit einem Gesamtvolumen von 6,1 Milliarden DM bis 1977 sind nunmehr die technischen und wirtschaftlichen Lösungen zur

- Sicherung der Versorgung mit angereichertem Uran, sowie der Abfallbeseitigung und Wiederaufarbeitung, und zur

- Fortentwicklung und Markteinführung der fortgeschrittenen Reaktorlinien, d.h. des Hochtemperaturreaktors und des Schnellen Brutreaktors, und zwar unter Ausnutzung aller Möglichkeiten internationaler Zusammenarbeit.

Vielversprechend im Hinblick auf eine in Zukunft größere Unabhängigkeit von Energieimporten sind auch die mit dem Rahmenprogramm Energieforschung der Bundesregierung aufgenommenen Systemuntersuchungen und Forschungs- und

Entwicklungsarbeiten. Das Rahmenprogramm konzentriert sich auf nichtnukleare Technologien, schwerpunktmäßig vor allem auf Verfahren zur

- besseren Nutzung fossiler Brennstoffe, insbesondere der Kohle-Umwandlung, zur
- Verbesserung von Prospektion und Fördertechnik, zur
- rationelleren Energieverwendung, insbesondere zur Eindämmung von Energieverlusten, und zur
- Nutzbarmachung neuer Energiequellen, wie z.B. auch der Sonnenenergie.

Trotz aller Anstrengungen der Bundesregierung wird es hier jedoch noch einige Jahre dauern, bis ausreichend abgesicherte Forschungsergebnisse vorliegen und die wichtigsten hierauf basierenden technischen Umstellungen in den Versorgungssystemen auch in der Energiebilanz zu Buche schlagen: Zuviel wurde zum Beispiel im Bereich der Versorgung mit Heizwärme aufgrund der Verfügbarkeit billigen Heizöls in der Vergangenheit versäumt, zu lange waren technische Lösungen etwa im Bereich der rationellen Energieverwendung nicht gefragt. Jetzt gibt es zwar einen akuten Bedarf, aber keine standardisierten Problemlösungen und keine hierauf gerichtete eingespielte Nachfrage.

Auf dem Hintergrund eines steigenden Energiebedarfs wäre es auch falsch, anzunehmen, daß die heimische Steinkohle wieder die zentrale Rolle in der Energieversorgung übernehmen könnte, hierfür sind die Zugriffsmöglichkeiten im wirtschaftlichen Maßstab - trotz der theoretisch noch für lange Zeiträume ausreichenden Vorräte - zu gering.

Da die Bundesrepublik auch bei konsequenter Nutzung aller technologischen Möglichkeiten zur Substitution und rationelleren Energieverwendung für die absehbare Zukunft keine Unabhängigkeit von teuren Energieimporten erreichen kann, kommt ihrer "Importfähigkeit" für die weitere wirtschaftliche Entwicklung eine entscheidende Rolle zu: Es muß verhindert werden, daß sich das Austauschverhältnis unserer Exportgüter gegenüber den Importen, die sogenannten Terms of Trade, gravierend verschlechtert.

In einigen Sektoren der Volkswirtschaft sind Absatzschwierigkeiten und in Verbindung damit Gefahren für Arbeitsplätze aufgetreten. Dabei sind gerade die Sektoren betroffen, in denen konventionelle Technologien vorherrschen, die inzwischen weltweit angewandt werden können. Dies bedeutet, daß die Bundesrepublik neue Technologien erarbeiten muß, wenn sie auch in Zukunft auf Auslandsmärkten erfolgreich sein will. Angesichts der Verteuerung und Verknappung von Rohstoffen muß die Bundesrepublik sich darauf konzentrieren, technologisches know how zu exportieren.

Es bedarf daher einer großen gemeinsamen Anstrengung von Staat und Wirtschaft zum weiteren Ausbau des technologischen Potentials unserer Volkswirtschaft, um Vollbeschäftigung und ausreichende Güterversorgung auch für die Zukunft zu sichern.

Die Förderprogramme des Bundesministers für Forschung und Technologie, vor allem die inzwischen breit ausgebauten Fördermaßnahmen auf dem Gebiet der sogenannten neuen Technologien, z.B. der Optik und Meßtechnik, der Halbleitertechnik und der Materialforschung, leisten hierzu einen wichtigen Beitrag.

(-/25.10.1974/ks/ee)

Keine Spielwiese praxisferner Theoretiker

Sozialisten im Europäischen Parlament orientieren sich an der Realität

Von Ludwig Fellermaier MdB

Stellv. Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Hans August Lücker, CSU-MdB und Vorsitzender der christdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, hat gesprochen. Dieses seltene Ereignis verdient Beachtung, denn es ist lange her, seit er zum letzten Mal bei Europa-Debatten im Deutschen Bundestag seine Stimme erhoben hat, was ihm unter seinen eigenen Fraktionsfreunden - wohl nicht ganz zu Unrecht - den Beinamen "europäischer Schweiger" eingetragen hat. Es muß also schon etwas besonders Wichtiges sein, wenn der Vorsitzende der christdemokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments mahnend den Zeigefinger erhebt. So geschehen in diesen Tagen, als er "...Zweifel an der Treue der deutschen Sozialisten zum Ziele der Europäischen Union..." geäußert hat.

Hans August Lücker hat seine Skepsis mit der Enthaltung der Sozialistischen Fraktion bei der Abstimmung über den Zwischenbericht zur Europäischen Union am 17. Oktober im Europäischen Parlament begründet. "Die Christdemokraten", so Lücker, "werden die weitere Entwicklung in der Sozialistischen Fraktion und besonders die Haltung der deutschen Sozialdemokraten nach der Straßburger Überraschung genau verfolgen". Die deutschen Sozialdemokraten begrüßen es, wenn der CSU-Politiker Lücker von Zweifeln heimgesucht wird. Sie sind dem Vorsitzenden der Christdemokraten sogar dankbar dafür, weil die Sozialistische Fraktion dadurch noch einmal in einer Art politischem Nachhilfeunterricht deutlich machen kann, weshalb sie sich bei der Vorlage des Zwischenberichts zur politischen Union der Stimme enthalten hat. Die Sozialdemokraten werden es nämlich auch künftig ablehnen, Zeit und Geld der euro-

päischen Steuerzahler für "geistige Höhenflüge" zur unrechten Zeit zu verschwenden.

Wie kann man denn von der Öffentlichkeit Achtung und Respekt vor einem Parlament verlangen, das sich selbst als die Vertretung der europäischen Bürger begreift, wenn sich Abgeordnete gebärden wie ein pseudophilosophierender Altherrenzirkel? Sozialdemokraten wehren sich mit Entschiedenheit dagegen, das europäische Parlament zu einer Spielwiese für der Wirklichkeit entrückte Europa-Politiker umfunktionieren zu lassen. Jene Europa-Politiker, die einer ungläubigen Öffentlichkeit heute noch vormachen wollen, das Ziel einer politischen Union sei bis zum Jahr 1990 noch zu erreichen, sind in Wirklichkeit die Totengräber der europäischen Idee, weil sie dem Bürger Hoffnungen vorgeukeln, die gegenwärtig nicht zu erfüllen sind.

Dem selbsternannten Wächter über die Europa-Treue der Sozialistischen Fraktion sei ins politische Stammbuch geschrieben, daß Sozialdemokraten den Willen zu einem geeinten Europa schon zu einem Zeitpunkt manifestiert haben, als die politischen Gesinnungsfreunde Lückers noch in der nationalen Erstarrung verharren. Ein Parlament wird auch nicht dadurch glaubwürdiger, daß es regelmäßig wiederholt, was 1972 in einer Grundsatzentschließung bereits formuliert wurde, nämlich die Auffassung des Parlaments zur Schaffung der Europäischen Union und der Stellung der Legislative.

Sozialdemokraten sollen dagegen ihre Verantwortung gegenüber den Millionen arbeitender Menschen in Europa wahrnehmen. Dies aber kann im Zeichen der Energiekrise, der Sorge der Menschen um ihre Arbeitsplätze nicht heißen, im rosaroten europäischen Himmelbett von einer heileren europäischen Welt zu träumen. Sozialdemokraten sind bei der gegenwärtigen Krise nicht bereit, an der praxisfremden Spiegelfechterei teilzunehmen, und darüber zu streiten, ob eine Kammer eine Kammer, eine Staatenkammer eine Staatenkammer, ist, oder aus wieviel Kammern überhaupt die europäische Regierung der späten 80er und 90er Jahre bestehen soll. Darum hat die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament die Rückverweisung des Zwischenberichtes zur politischen Union, dessen politische Ziele sie nie infrage gestellt hat, für den sie die Zeit aber noch nicht für reif hält, gefordert.

(-/25.10.1974/ks/pr)

+ + +

Nun wirklich Schluß mit dem Zwei-Geschlechter-Recht ?

Bonn will den Frauen den Rücken stärken - Hoffnung auf das
internationale Jahr der Frau

"Wir müssen Schluß machen mit dem Zwei-Geschlechter-Recht im Berufsleben - oder wir können aufhören, von der Humanisierung des Arbeitslebens zu reden" hat erst Ende September Bundeskanzler Helmut Schmidt auf dem 50. Deutschen Juristentag in Hamburg gemahnt. Jetzt faßt Frau Dr. Katharina Focke, Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, die Gelegenheit beim Schopf, die ihr die Vereinten Nationen damit bieten, daß 1975 zum "Internationalen Jahr der Frau" unter dem Motto "Gleichheit, Entwicklung und Frieden" erklärt worden ist, um die Frauen zum Aufmucken gegen das Zwei-Geschlechter-Recht anzustacheln. Zwei Aufklärungskampagnen sind zum "Internationalen Jahr der Frau" im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit beschlossen worden. Eine davon soll der nachdrücklichen Information über die Rechte der Frauen und über staatliche Hilfen für Frauen dienen.

Wird man dieses Mal ein bißchen weiter kommen mit der Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frau und Mann am Arbeitsplatz? Denn trotz der im Grundgesetz verankerten Gleichberechtigung von Frauen und Männern als Staatsbürger hat die Gesellschaft viele alte Barrieren der Vorurteile bis heute nicht abgebaut. Männer und Frauen sollen für gleiche Arbeit gleich bezahlt werden? Frauen sollen Chefs von Männern sein? Solche "Umkehrung der Natur" geht nicht so leicht in den Kopf des männlichen Durchschnittsdeutschen hinein. Im Übrigen, so wendet er sogleich gewichtig ein, können Frauen ja gar nicht die gleiche Arbeit wie die Männer leisten. Was soll denn da das Gerade von gleicher Bezahlung?

Nunmehr geht es sicherlich mit schweren Rammböcken des Intellekts gegen die gesellschaftlichen Barrieren der Vorurteile über die Fähigkeiten der

Frauen, denn es wird sich am 19. November 1974 in Bonn ein Kuratorium zur Unterstützung des Programms der Bundesregierung konstituieren. Dieses Programm zum "Internationalen Jahr der Frau" soll in erster Linie darauf gerichtet sein, Chancengleichheit zwischen Frau und Mann herzustellen. Es werden nach der regierungsamtlichen Ankündigung in diesem Kuratorium "alle gesellschaftlich relevanten Gruppen vertreten" sein. Sie werden das Programm durchdiskutieren und dann der Öffentlichkeit vorstellen. Darüber hinaus, so heißt es weiter, werde das Programm durch die Aktivitäten der freien Verbände, insbesondere durch die des Deutschen Frauenrates und seiner Mitgliedsverbände ergänzt.

Dies klingt ein wenig zahn für ein so schwieriges Unterfangen. Die Abteilung Frauen im DGB-Bundesvorstand hat im April dieses Jahres eine dritte Untersuchung zur Situation der erwerbstätigen Frau vorgelegt, worin es u.a. hieß: "Das Gefühl der Diskriminierung wird dann deutlich, wenn man nach dem Verhältnis (der gerechten Entlohnung) zu gleichalterigen männlichen Kollegen fragt". 42,2 vH beurteilen darin die Entlohnung als ungerecht, 29,3 vH als gerecht und 28,6 vH machen keine Angaben - wahrscheinlich deshalb, weil ihnen die Höhe der Einkommen ihrer männlichen Kollegen unbekannt ist.

Unter dem Stichwort "Unterbewertung der Frauenarbeit" bringt die DAG-Zeitschrift "Frauenstimme" ein Situationsbeispiel aus der Industrie einschl. dem Hoch- und Tiefbau in NRW aus April 1973: "Während die Frau als Arbeiterin in den Leistungsgruppen 1 und 2 rund 60 vH dessen, was ihr männlicher Kollege verdient, bekommt, erhöht sich zugunsten der Frau in der Leistungsgruppe 3 das Verhältnis auf 73 vH. Unter der Annahme eines Überstundenzuschlages von 25 vH ergibt sich für den männlichen Arbeiter ein Monatseinkommen von 1.253 DM in der Leistungsgruppe 3 und für die Arbeiterin ein solches von 870 DM... Diese Zahl läßt sich auch für die Bundesrepublik als Durchschnittszahl annehmen".

Eine echte, auch von den Männern innerlich anerkannte Gleichberechtigung fängt im Alltag an: wenn der Ehemann mit gleicher Selbstverständlichkeit wie seine berufstätige Frau abends die Teller spült, was er tun wird, wenn er als Junge in der Schule ebenso am Hauswirtschaftsunterricht teilnimmt wie seine Schwester und Nachbars Lotte; wenn der berufstätige Ehemann mit gleicher Selbstverständlichkeit die Pflege von Familienangehörigen übernimmt wie seine berufstätige Frau und nicht mehr meint, das sei allein Frauenarbeit. Es gibt noch viele andere Beispiele aus dem Alltag.

Von 27,8 Millionen Erwerbstätigen in der Bundesrepublik Deutschland sind 9,6 Millionen Frauen. Frauenarbeit ist bei uns also ein unverzichtbarer Faktor in der Volkswirtschaft! Das sollten die Frauen ausnutzen und ein bißchen mehr Druck ausüben. Sie müssen das aber selbst in die Hand nehmen. Denn freiwillig geben die Männer ihre Privilegien sicherlich nicht auf.

Heinz Ockhardt
(-/25.10.1974/ka/ee)

- + +

Der Auslandskommentar des SPD-Pressedienstes

Premier Wilson vor großen Problemen

Großbritannien nach dem vierten Wahlsieg von "Old Harold"

Von Björn Engholm MdB

Stellv. Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

"A country, poor, socialist and alone" hatte Torychef Edward Heath in seiner letzten Rede am Vorabend der Briten-Wahl in Gravesend, einem Landstädtchen südlich Londons, für den Fall sozialistischer Mehrheiten prophezeit. Und "gloom and doom" würde über England kommen, wenn Labour schalten und walten könne wie es wolle.

Gloom and doom (Verhängnis und Dunkelheit) jedoch kommt nun allein über den Verlierer Edward Heath, der seine dritte Wahlniederlage politisch kaum überleben dürfte. Zu groß ist die bereits formierte Konkurrenz der Gruppen um William Whitelaw oder Sir Keith Joseph, die, wenn nötig mit sanfter Gewalt, Edward Heath ins Glied zurückschicken bzw. ihm vielleicht noch einen Schattenkabinettaposten wie weiland Douglas-Home zubilligen werden.

Aber auch für den Sieger, Harold Wilson, mit seinem vierten Wahlsieg der erfolgreichste englische Regierungschef des Jahrhunderts, beginnen harte Zeiten. Dabei dürfte die denkbar knappe "overall majority" von nur zwei Sitzen nicht das größte Problem sein, denn in vielen Fragen neigt die starke Gruppe der schottischen Nationalisten Labour-Auffassungen zu. Überdies ist die konservative Parlamentspräsenz wie in der Bundesrepublik eines der ungelöststen Tory-Probleme.

Viel härter dürfte die Lösung der ökonomischen Probleme sein: 2,7 vH Arbeitslosigkeit, zwischen 15 und 20 vH Preissteigerungen und Milliarden

Defizit in der Handelsbilanz stellen Britannien vor die größte Herausforderung seit Kriegsende. Ob der Wahlkünstler Harold Wilson's, der "social contract" zwischen Regierung und Gewerkschaften, sich als wirksames Heilmittel erweisen wird, wollen zahlreichen Kennern der Szenerie bezweifeln. Wieweit die geplanten (begrenzten) Nationalisierungsmaßnahmen durchgesetzt werden können, wird von dem parteiinternen Gewicht der zwei Flügel innerhalb der Labour-Partei abhängen. Dabei wird sich die knappe Parlamentsmehrheit eher mäßigend auswirken.

Das Europa-Problem wird die härteste Nuß der Regierung werden. Wilson's Versprechen, innerhalb von einem Jahr eine Volksabstimmung über Englands Verbleib in der EWG abzuhalten, beschwört angesichts der tiefen Skepsis der Engländer ein klares Votum für den Austritt herauf und stellt zugleich die in dieser Frage gesplante Labour-Partei vor eine ernste Zerreißprobe. Das Europa-Problem wird nur zu lösen sein, wenn den Briten verbesserte europäische Bedingungen eingeräumt werden.

Schließlich harrt das Nord-Irland-Problem, dessen Auswirkungen in Form von Bombenterror bis in die letzten Tage des Wahlkampfes eine Rolle spielte, ebenso einer Lösung wie das Streben der Schotten und der Waliser nach stärkeren Autonomie-Rechten.

Fazit: Der Sieger des englischen Wahlkampfes hat wenig Zeit zur Freude. Probleme einer Größenordnung, angesichts derer die Engländer die Bundesrepublik Deutschland für ein fast paradiesisches Land halten, werden Wilson vor viele harte Probleme stellen. Aber gerade dies scheint dem "politischen Equilibristen" Wilson zu liegen. Er möge ihn eigentlich nicht, sagte ein Taxifahrer in London zu mir, aber man müsse es ihm lassen: Er sei der Politiker der Politiker. (-/25.10.1974/ks/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller